

## ÜBERSICHTEN

### Außenpolitik

#### BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

##### \*(1) Ironischer Kommentar anlässlich der Landung eines bundesdeutschen Piloten auf dem Roten Platz in Moskau

Die weltweit zumeist von hässlichen Kommentaren gegen die bedingte Abwehrfähigkeit der Sowjetunion begleitete Landung des 19jährigen Mathias Rust auf dem Roten Platz in Moskau hat auch chinesische Kommentatoren nicht ruhen lassen.

Sie verwerten den Vorfall auf ihre Art, indem sie ihm zwei "Lehren" applizieren, die sich beziehungsweise an die Adresse gleich beider Supermächte richten.

Erstens habe die Landung im Herzen der Sowjetunion - und dies ausgerechnet auch noch am Tag der Grenzschutztruppen - gezeigt, daß kein Abwehrsystem am Ende wirklich perfekt sei. Dies möge sich nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die Reagan-Administration hinter die Ohren schreiben, die das SDI-Programm mit unvorstellbaren Summen entwickle.

Zweitens sei der Einflug ganz unzweifelhaft unter Verletzung des Luftraums - und damit der Souveränität der UdSSR - geschehen. Keine Person und kein Land habe das Recht zu einer solchen Aktion. Die Sowjetunion möge diese Warnung aber nicht nur an den jungen Piloten richten, sondern sich selbst an die eigene Brust klopfen und bitte zu dem Entschluß kommen, ihre 100.000 Soldaten so schnell wie möglich aus Afghanistan zurückzuziehen (BRu 1987, Nr.26, S.12 f). -we-

#### SOWJETUNION UND OSTEUROPA

##### \*(2) Verbesserung der Beziehungen zwischen China und Albanien?

Albanien galt noch während der Kulturrevolution als bester - weil nahezu einziger - Freund Chinas.

Nach dem Besuch des jugoslawischen Parteichefs und Staatspräsidenten Tito (September/Oktober 1977) kam es jedoch zu einem schweren Zerwürfnis (dazu ausführlich C.a., Februar 1977, S.30-42, und C.a., August 1977, S.480-484).

Erst mit dem Tode Enver Hoxhas, der den Chinesen die Wiederannäherung an Jugoslawien so schwer verübelt hatte, konnten die beiden alten und inzwischen so stark zerstrittenen "Freunde" wieder vorsichtig ins Gespräch kommen.

Anfang April 1987 schließlich traf der albanische Ministerpräsident Adil Charchani mit dem chinesischen Botschafter zusammen - ein Schritt, der von China als Wink gedeutet wurde, wieder auf Albanien zuzukommen. Der albanische Ministerpräsident gab seinem Gesprächspartner zu verstehen, daß Tirana daran interessiert sei, die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Beziehungen wieder aufzunehmen.

China zeigt vorerst freilich keine besondere Eile. Offensichtlich will sich die Volksrepublik nicht heute wegstoßen und morgen wieder herbeiwinken lassen (Tanjug nach MD Asien, 21.4.87, S.9). -we-

#### AFRIKA UND NAHOST

##### \*(3) China wirbt um das Vertrauen der islamischen Länder

Bei einem Besuch des Präsidenten der Chinesisch-Islamischen Gesellschaft, Shen Xiayi, Anfang Juli 1987 in Istanbul gab es einige Aussagen, die deutlich machen, wie sehr sich Beijing bei den islamischen Ländern um Wiederherstellung jenes Vertrauens bemüht, das durch die Islamverfolgungen während der Kulturrevolution verlorengegangen ist.

In China gebe es z.Zt. acht Islamische Hochschulen, nämlich in Beijing, Shenyang, Lanzhou, Xinjiang und einigen anderen Gebieten mit muslimischer Bevölkerung. Mehrere Hundert Muslime würden nach Abschluß ihrer Mittelschule an diesen Hochschulen zu geistlichen Führern (Imamen) oder Theologen ausgebildet. China entsende auch Studenten nach Ägypten, Pakistan und in andere islamische Länder, um sie dort religiös ausbilden zu lassen.

In der Volksrepublik gebe es z.Zt. 23.000 Moscheen mit über 30.000 Imamen; rd. 2.000 chinesische Muslime pilgerten jährlich nach Mekka. In China seien inzwischen wieder Neuausgaben des Koran und Koran-Erläuterungstexte sowie andere Bücher über das Studium des Islam sowohl in chinesisch als auch in arabisch herausgegeben worden.

Auch Shen Xiayi selbst, der im 80.Lebensjahr steht, ist Imam und Präsident der Chinesischen Akademie für Islamkunde. Er hatte an mehreren islamischen Hochschulen studiert und Saudi-Arabien dreimal besucht.

In den letzten Jahren hätten Delegationen chinesischer Muslime mehr als zwanzig islamische Länder besucht und umgekehrt Delegationen aus mehr als dreißig islamischen Ländern in China empfangen (XNA, 6.7.87). -we-

#### NORDAMERIKA

##### \*(4) Erneute Schatten auf dem amerika- nisch-chinesischen Verhältnis

Noch im Februar 1987 hatte US-Außenminister Shultz die VR China aus Anlaß der 15.Wiederkehr der Unterzeichnung des Shanghaier Kommuniqués besucht (ausführlich dazu C.a., Februar 1987, Ü 4). Anschließend war der bisher höchste chinesische Militär nach Washington gekommen, nämlich der Generalsekretär und stellvertretende Vorsitzende der ZK-Militärkommission, Yang Shangkun.

Die Reise Yangs begann am 15.Mai und dauerte 25 Tage! In seiner Begleitung befanden sich weitere hochrangige Militärführer.

Die Gesprächsthemen waren, wie sich aus der Delegationszusammensetzung bereits ergibt, eindeutig militärischer Natur. Vermutlich wurde auch über Waffengeschäfte gesprochen, ohne daß darüber allerdings viel publiziert wurde. Yang besuchte neben Washington noch die Städte New York und Los Angeles und reiste dann anschließend nach Kanada weiter.

Am 19.Mai wurde er von Präsident Reagan empfangen. Ferner sprach er vor dem amerikanischen Nationalrat für amerikanisch-chinesischen Handel in Washington und hielt mehrere Vorträge. Nach au-

ßen hin erweckte Yang den Anschein, als wolle er vor allem über Handelsprobleme sprechen, und legte hierbei wiederum besonderen Wert auf zwei Fragen, nämlich auf Kritik am Handelsprotektionismus der USA und auf erhöhte Know-how-Lieferungen der USA im Bereich der Technologie. Wenige Tage vorher hatte bereits der Präsident der CITIC, Rong Yiren, über Radio Beijing Kritik an den angeblich protektionistischen Handelsgesetzen der USA geäußert, die nicht zuletzt auch die chinesischen Exporte benachteiligten.

Yang Shangkun äußerte sich am Ende seines Besuches höchst zufrieden. Sein Besuch habe dazu beigetragen, langfristige stabile Beziehungen zwischen beiden Ländern zu eröffnen. Auch in der Taiwan-Frage habe er ein Einlenken in den USA erkennen können (XNA, 19. und 20.5.87).

Alles hatte sich also gut angelesen. Doch da platzten - immer aus chinesischer Sicht - am 18. Juni zwei Dokumente auf die Szene, die sofort wieder einen Schatten auf die beiderseitigen Beziehungen warfen, nämlich ein Dokument über Verletzung der Menschenrechte in China sowie über Verletzung der Menschenrechte in Tibet - beide herausgegeben vom Repräsentantenhaus des US-Kongresses. In China würden, wie es heißt, die Bürgerrechte allenthalben verletzt, insbesondere durch Unterdrückung der tibetischen Kultur. Wer sich zu einer Religionsgemeinschaft bekennt, werde gesellschaftlich und wirtschaftlich diskriminiert.

Das offizielle Beijing zeigte sich empört und empfand diese Anklage unmittelbar im Anschluß an den Besuch Yang Shangkuns als einen Dolchstoß in den Rücken.

Sei es in den USA nicht bekannt, daß die Ausschreitungen der Kulturrevolution heute bereut und rückgängig gemacht würden, und sei es dem Repräsentantenhaus entgangen, daß die Zahl der nach Lhasa pilgernden Tibeter von Jahr zu Jahr steige, daß allein i.J. 1987 das größte tibetische Fest elf Tage lang in Anwesenheit von 1.800 Lamas und Vertretern aus zwanzig Staaten begangen worden sei? (RMRB, 28.6.87)

Eine gewisse Genugtuung war es für die chinesische Seite, als der frühere US-Präsident Carter, der während seines Besuchs im Juni

1987 auch in Tibet gewesen war, versicherte, er habe dort nirgends Einmischungen in die Religionsausübung beobachten können, und er habe außerdem mit eigenen Augen gesehen, wie die Landwirtschaft um die Stadt Lhasa herum sich gut entwickle (XNA, 30.6.87).

Wie man den neuen Zwischenfall auch dreht und wendet - eines wird dabei deutlich, nämlich das tiefe Unverständnis, das in China gegenüber dem politischen System der USA herrscht. Man kann es sich offensichtlich einfach nicht vorstellen, daß das Repräsentantenhaus ohne Billigung des Präsidenten oder des Außenministers Erklärungen der obenerwähnten Art herausgibt. Offensichtlich hält man es für ausgemacht, daß die Spitzenpolitiker unter einer Decke stecken und daß Gewaltenteilung nur ein Rauchscheiter ist. -we-

#### INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

\*(5)

**Der Weltwirtschaftsgipfel der "Sieben Großen": alte Hüte**

Vom 8. bis 10. Juni traten die Staats- und Regierungschefs der USA, Japans, der Bundesrepublik Deutschland, Großbritanniens, Frankreichs, Kanadas und Italiens in Venedig zum 13. Weltwirtschaftsgipfel zusammen und faßten eine Reihe von Beschlüssen über die anzustrebende Beendigung des Golfkriegs sowie über das "Prinzip der freien Schifffahrt" im Golf, über die Entspannung der Ost-West-Beziehungen (Notwendigkeit der Aufrechterhaltung nuklearer Abschreckung und Gleichgewichte der konventionellen Rüstung), über die Bekämpfung des Terrorismus, über den Ausgleich der Handelsungleichgewichte (die USA hatten 1986 ein Handelsdefizit von 170 Mrd., Japan und die Bundesrepublik andererseits einen Überschuß von 101 bzw. 63 Mrd. US\$) und über Maßnahmen zur Lösung des Verschuldungsproblems der Dritten Welt.

Die Gipfelteilnehmer seien bestrebt gewesen, überall den Konsens zu suchen und die Differenzen unter den Teppich zu kehren. Es sei viel geredet und wenig Konkretes beschlossen worden. Als die USA beispielsweise zu Beginn der Tagung von ihren Verbündeten aktive Beiträge zu einem eventuellen militärischen Schutz der Öltransport-

routen im Golf verlangten, seien sie auf taube Ohren gestoßen. In der Schlußerklärung sei lediglich eine allgemeine Bekundung der Sorge über die Lage am Golf und eine Sympathieerklärung für die USA herausgekommen - nicht mehr!

Wieder einmal habe der Gipfel, an den immer so große Erwartungen gestellt zu werden pflegen, nichts Neues gebracht außer der Wiederholung alter Positionen (XNA, 12. und 18.6.87).

Was in solchen Kommentaren nicht zum Ausdruck kommt, ist das Unbehagen Chinas, trotz seiner Größe und seines Ansehens nicht einmal von ferne als Teilnehmer in Betracht zu kommen - ganz im Gegensatz etwa zu Japan, das doch in der Völkerfamilie Asiens weit unter China steht! -we-

\*(6)

**Kampf gegen den internationalen Terrorismus**

Anfang Juni 1987 hat der Staatsrat dem Ständigen Ausschuß des NVK einen Vorschlag unterbreitet, demzufolge China sich der "Konvention über die Verhinderung und Bestrafung von Verbrechen gegen international geschützte Personen, einschließlich des diplomatischen Personals" anschließen solle. Die Konvention war von der UNO-Generalversammlung bereits im Dezember 1973 angenommen worden und hatte im Februar 1977 Gültigkeit erlangt. Bis Ende 1986 hatten sich ihr 68 Staaten angeschlossen.

Die wichtigsten Bestimmungen des Regelwerks stehen im Zusammenhang mit zwei anderen Konventionen, denen die Volksrepublik bereits beigetreten ist, nämlich der "Konvention für die Unterdrückung gesetzeswidriger Flugzeugentführungen" und der "Konvention zur Verhinderung von Straftaten gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt". Durch die zur Diskussion anstehende neue Konvention wird vor allem eine allgemeine Gerichtsbarkeit gegen potentielle Terroristen festgelegt und die Zusammenarbeit zwischen den Unterzeichnerstaaten auf dem Gebiet der Verfolgung und der Auslieferung geregelt.

Die Konvention gegen Flugzeugentführung, die sog. "Haager Konvention", und die Konvention gegen Anschläge auf die Sicherheit

der Zivilluftfahrt, die sog. "Montreal Konvention" von 1971, waren von China i.J. 1980 unterzeichnet worden.

Für die chinesische Seite war es nach alledem nur konsequent, auch der neuen Konvention beizutreten. Allerdings war eine Modifizierung nötig, die mit Lücken im chinesischen Strafgesetzbuch von 1979 zusammenhängt. Im 1. Kapitel des StGB (§§ 1-9) gelten als Straftaten:

- Alle Verbrechen, die auf dem Hoheitsgebiet der VR China (auch auf einem chinesischen Schiff oder Flugzeug) begangen werden (§ 3);
- Straftaten, die zwar außerhalb des chinesischen Hoheitsgebiets begangen sind, deren Folgen aber auf chinesischem Territorium eintreten (§ 3, Abs.3);
- Straftaten chinesischer Staatsbürger außerhalb des chinesischen Hoheitsgebiets (§ 4) und
- Straftaten von Ausländern, die außerhalb des Hoheitsgebiets gegen den chinesischen Staat oder einen chinesischen Bürger begangen wurden, falls eine solche Tat nach dem chinesischen StGB mit mindestens 3 Jahren Gefängnis bedroht ist (§ 6).

Ausländer, die im Ausland oder auf einem ausländischen Flugzeug eine Straftat (Entführung oder Gefährdung der zivilen Luftfahrt) begangen haben und in China dingfest gemacht werden, fallen nicht unter die hier genannten Bestimmungen.

Der Ständige Ausschuss des NVK gab deshalb die Erklärung ab, daß alle einschlägigen Verstöße so betrachtet werden, als wären sie in China begangen worden. (Logischerweise muß in diesem Sinne auch das chinesische StGB geändert werden, da sonst ein Verstoß gegen den in § 9 StGB ausgesprochenen Grundsatz des Nulla poena sine lege eintreten könnte.)

Sobald alle hier auftretenden Formalien erledigt seien, werde China der Konvention beitreten (XNA, 23.6.87).

In diesem Zusammenhang wendet sich der NVK noch einmal expressis verbis "gegen den Terrorismus" und zwar "in jeder Form" (XNA, 18.6.87). Beifall auch für die Konferenz der Innenminister, Justizminister und Polizeichefs aus neun westlichen Industrieländern (USA, Kanada, Japan, Großbritannien,

Italien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Belgien und Dänemark), die am 28. Mai in Paris zur Beratung von Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus zusammentrat und Formen der Kooperation bei Informationen, Techniken und Taktiken im Kampf gegen den Terrorismus beriet. -we-

\* (7)

#### China fordert entschiedeneren Kampf gegen Drogenmißbrauch

Bei der UNO-Sonderkonferenz gegen Drogenmißbrauch, die vom 17. bis 26. Juni 1987 in Wien stattfand, forderte der Leiter der chinesischen Delegation, der stellvertretende Minister für Gesundheitswesen Gu Yingqi, ein noch entschiedeneres Vorgehen gegen Drogenmißbrauch, -herstellung und -schmuggel und schlug dreierlei vor:

- Die Konferenz möge einen "umfassenden Rahmenplan für künftige Kontrollmaßnahmen gegen Drogenmißbrauch" verabschieden und in einer gemeinsamen Erklärung die Entschlossenheit der Teilnehmerstaaten zum Ausdruck bringen, mit allen möglichen Mitteln gegen die Drogenplage vorzugehen, die sich zu einem "Distaster für viele Länder ausgewirkt, die Gesundheit zahlreicher Menschen gefährdet und das Wohl der Wirtschaft beeinträchtigt" habe.

- Gemeinsame Bemühungen sollten auf internationaler, regionaler, vor allem aber nationaler Ebene unternommen werden, um diesem Bekämpfungsziel auch Durchschlagskraft zu verleihen.

- Schließlich solle eine internationale Kooperation beschlossen werden, an der nicht nur nationale, sondern auch internationale Gremien wie Interpol, INCB (International Narcotics Control Board) und WHO (UNO-Weltgesundheitsorganisation) beteiligt seien.

In diesem Zusammenhang wies Gu auf die chinesischen Maßnahmen im eigenen Lande hin. Es gebe inzwischen eine Reihe von Gesetzen und Bestimmungen, die sicherstellten, daß Drogen ausschließlich für medizinische oder wissenschaftliche Zwecke verwendet werden. Illegaler Anbau, Produktion, Handel, Einfuhr, Ausfuhr u.dgl. seien streng mit Strafe bedroht. China bemühe sich auch, die Internationale Drogenkonvention strikt einzuhalten.

Seit ihrer Gründung i.J. 1949 kämpfte die Volksrepublik systematisch gegen Drogenmißbrauch - kein Wunder angesichts des Opiumtraumas der Vergangenheit.

Zwischen 1981 und 1986 hätten die Sicherheitsbehörden insgesamt 92 kg Heroin und 233 kg Opium sicherstellen können, die über "gewisse Provinzen und Städte" importiert wurden. 43 Händler verschiedener Nationalitäten seien strafrechtlich verfolgt worden. 1986 wurden zwei ausländische Händler und ein weiterer aus Hongkong wegen Drogenschmuggels zum Tode verurteilt (XNA, 20.6.87). -we-

\* (8)

#### China bewirbt sich um die Olympischen Spiele i.J. 2000

"2000" ist ein Zielpunkt, auf den zahlreiche chinesische Hoffnungen und Erwartungen ausgerichtet sind. Kaum eine Rede oder ein Aufsatz, in dem dieses Jahr nicht beschwörend genannt wird.

Neuerdings beginnt sich mit der magisch wirkenden Zahl eine zusätzliche Vorstellung zu verbinden, nämlich die Hoffnung, daß China in diesem Jahr die Olympischen Spiele ausrichten kann. Ein entsprechender Antrag wurde bei der Tagung des IOC Mitte Juni 1987 in Istanbul gestellt. Ein IOC-Sprecher wies allerdings darauf hin, daß Chinas Bewerbung auf die erbitterte Konkurrenz anderer Staaten stoßen werde.

Was die Spiele in Seoul anbelangt, so stellt sich China hinter den Vorschlag Nordkoreas, einen Teil der Disziplinen in den nördlichen Teil des Landes zu vergeben. Schon seit längerem hat die Volksrepublik Nordkorea wissen lassen, daß sie auf die Teilnahme an den Spielen in Seoul unter keinen Umständen verzichten werde - zumal sie ja auch bei den in Seoul abgehaltenen Asien-Spielen i.J. 1986 mit dabei gewesen war! -we-

#### AUSLÄNDER IN DER VR CHINA

\* (9)

#### Weitere Zunahme des Tourismus in der VR China

Das Staatliche Statistische Büro Chinas gab am 20. Mai bekannt, daß i.J. 1986 22,81 Millionen Ausländer China besucht hätten. 21,337

Millionen waren Chinesen aus Übersee sowie Landsleute aus Hongkong, Macau und Taiwan (= +29,6%).

Eine Aufschlüsselung der übrigen 1,482 Millionen Touristen, die China besuchten, gab folgendes Ergebnis: USA: 292.000 (= +21,7%), Bundesrepublik Deutschland: 48.000 (= +11,6%), Sowjetunion: 19.000 (= +11,8%), Thailand: 40.000 (= +60%) und Japan: 484.000 (= +3%).

Unter den Besuchern befanden sich 244.000 Geschäftsleute (= +42,7%). Bemerkenswert auch die schnelle Zunahme von Personen unter 30 Jahren (XNA, 20.5.87). -we-

## Innenpolitik

\*(10)

### 21.Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI.NVK

Der Ständige Ausschuß des VI.Nationalen Volkskongresses trat vom 11. bis 23.Juni 1987 zu seiner 21.Sitzung zusammen. Das ständige Parlamentsorgan der Volksrepublik China faßte folgende Beschlüsse:

- Der stellvertretende Ministerpräsident und Politbüro-Mitglied Yao Yilin (70) wurde zusätzlich zum Vorsitzenden der Zentralen Planungskommission ernannt. Er löst Song Ping ab, der zum neuen Leiter der ZK-Organisationsabteilung bestellt wurde. Yao war bereits von August 1980 bis Juni 1983 Vorsitzender der Zentralen Planungskommission. Als einer der Wirtschaftsführer der 50er Jahre zählt Yao zu den Verfechtern der zentralen Planwirtschaft.
- Zum ersten Minister des im Dezember 1986 neu geschaffenen Ministeriums für Verwaltungskontrolle wurde der bisherige Direktor der ZK-Organisationsabteilung, Wei Jianxing (56), ernannt. Wei gilt als ein Gefolgsmann des gestürzten ZK-Generalsekretärs Hu Yaobang. Aufgabe des neuen Ministeriums ist es, die Erfüllung der Amtspflichten, die Einhaltung der Gesetze und Verwaltungsvorschriften und die Verwirklichung der von der Regierung beschlossenen Politik durch die Verwaltungsorgane, die Staatsverwaltungskader und die Führungskader

der von staatlichen Betrieben und Institutionen zu überwachen. Darüber hinaus soll das neue Ministerium Verletzungen von Amtspflichten untersuchen und bestrafen. Damit erfüllt das neue Ministerium im staatlichen Verwaltungsbereich ähnliche Funktionen wie die Zentrale Disziplinkontrollkommission innerhalb der Partei. Möglicherweise soll durch die Schaffung des Ministeriums für Verwaltungskontrolle verhindert werden, daß sich die von konservativen Politikern beherrschte Disziplinkontrollkommission weiterhin in die Regierungsangelegenheiten einmischte. Wahrscheinlich steht die späte Besetzung dieses Ministeriums im Zusammenhang mit der viermonatigen politischen Offensive orthodoxer Kräfte und dem sich anschließenden politischen Klimawechsel im Mai/Juni, der nun wieder die Reformkräfte begünstigt.

- Zum neuen Forstminister wurde der bisherige Gouverneur von Jilin, Gao Dezhan (55), ernannt. Er löst Yang Zhong ab, der bereits am 6.Juni auf Beschluß des Staatsrats wegen Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit den großen Waldbränden im Nordosten von seinem Ministeramt entbunden worden war. Der Ständige NVK-Ausschuß bestätigte den Beschluß des Staatsrats vom 6.Juni sowohl durch einen eigenen Beschluß in dieser Personalsache als auch innerhalb eines weiteren ausführlichen Beschlusses über die Waldbrände im Großen Xing'anling-Gebirge.

- Der Ständige NVK-Ausschuß billigte die "Gemeinsame Erklärung der Regierung der Volksrepublik China und der Regierung der Republik Portugal über die Macao-Frage" vom 26.3.87, derzufolge Macao am 20.Dezember 1999 wieder an China zurückgegeben wird.

- Annahme des Berichts über den Staatshaushalt 1986 und Billigung des Staatshaushalts 1986.

- Verabschiedung des Gesetzes über technische Verträge, das am 1.November in Kraft tritt.

- Beitritt der Volksrepublik China zur "Konvention über Vorbeugung und Bestrafung von Verbrechen gegen internationale geschützte Personen einschließlich diplomatischer Vertreter".

- Verabschiedung der Entscheidung der Volksrepublik China über die Ausübung der Rechtsprechung bei Verbrechen in bezug auf internationale Verträge, die von China unterzeichnet wurden oder denen sich China angeschlossen hat.

- Billigung der Konsularverträge mit Mexiko und Bulgarien.

Der Ständige NVK-Ausschuß faßte darüber hinaus noch weitere Personalbeschlüsse und beschäftigte sich u.a. mit zwei Gesetzentwürfen über die Verhütung und Kontrolle der Luftverschmutzung und über Archive. (RMRB, 12.-24.6.87) -sch-

\*(11)

### Neuer Direktor der ZK-Organisationsabteilung

Zum neuen Direktor der ZK-Organisationsabteilung wurde der bisherige Vorsitzende der Zentralen Planungskommission Song Ping (70) ernannt. Er löst Wei Jianxing (56) ab, der zum Minister des im Dezember 1986 neu geschaffenen Ministeriums für Verwaltungskontrolle ernannt wurde (siehe hierzu C.a., Dezember 1986, Ü 9). Wei hatte das Amt des Direktors der ZK-Organisationsabteilung erst im September 1985 übernommen. Er gilt als ein Mitglied der Loyalitätsgruppe von Hu Yaobang und dürfte wahrscheinlich deshalb den politischen überaus wichtigen Posten des Direktors der ZK-Organisationsabteilung verloren haben. Die ZK-Organisationsabteilung ist zuständig für die personelle Besetzung von politischen Führungsämtern auf der zentralen und der Provinzebene. Deshalb ist es das Bestreben jeder politischen Meinungsgruppe innerhalb der KPCh, die Position des Direktors der ZK-Organisationsabteilung mit einem ihrer Mitglieder zu besetzen, um auf diese Weise die Personalpolitik in ihrem Sinne beeinflussen zu können.

Über die politische Position von Song Ping ist nichts näheres bekannt. Seine Karriere weist ihn als zentralen Planungsfachmann aus, woraus man die Schlußfolgerung ziehen könnte, daß er möglicherweise ein Verfechter der zentralen Planwirtschaft ist. In den 40er Jahren war er für einige Zeit der politische Sekretär von Zhou Enlai. Von November 1954 bis September 1963 war Song Mitglied der Zentralen Planungskommission, ab April 1958 sogar einer der stellver-